

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Einberufung eines „Zukunftsgipfels Bildung“ zur Lösung der Berliner Schulkrise

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bis spätestens zum 31. August 2019 unter Federführung des Regierenden Bürgermeisters einen „Zukunftsgipfel Bildung“ durchzuführen. Ziel ist es, unverzüglich eine Lösung der sich immer weiter zuspitzenden Berliner Bildungs- und Schulkrise herbeizuführen. Unter Beteiligung von Vertretern des Senats, des Parlaments, der Bezirke, Gewerkschaften, Kita-Trägern, Schulleitungen, Schülervertretungen sowie Eltern-Initiativen sollen im Rahmen dieses Krisengipfels aus Betroffenen- und Expertensicht kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Lösung der aktuellen Probleme im Bildungsbereich beschlossen werden. Berücksichtigt werden sollen zur Sicherung der Unterrichtsqualität, zur Behebung des Fachkräftemangels im Bildungsbereich sowie zur Beschleunigung des Schulneubaus:

- die sofortige Wiederverbeamtung von Lehrkräften und die Schaffung eines Wohnungspools durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, um für neue Lehrkräfte schnellstmöglich Wohnraum befristet bereitstellen zu können
- eine stärkere Entlastung, Betreuung und Vorbereitung von Quereinsteigern und deren stadtweit gerechtere Verteilung mit einer maximalen Quote von 20% je Schule
- die Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften durch zusätzliche Verwaltungsleiter, Hausmeister, Sozialpädagogen und IT-Experten
- die Umsetzung des Sprinter-Pakets Schulsanierung und Schulneubau, unter anderem:
 - die nachhaltige und angemessene personelle und qualitative Ausstattung der bezirklichen Bau- und Schulämter
 - die Steigerung der Attraktivität der Bezirke als Arbeitgeber sowie klare Zuständigkeitsregelungen
 - die Festlegung einheitlicher und verbindlicher Baustandards

- die Verkürzung von Ausschreibungsfristen sowie Entbürokratisierung
- Flexibilisierung und bedingungslose Übertragbarkeit der Mittel
- Abschlagszahlungen sowie Sprinter-Prämien für schnelles Bauen
- die konsequente Umsetzung der verpflichtenden Sprachstandstests und -förderungen für Kinder mit festgestellten Sprachdefiziten
- die Auslobung von Stipendien für Mangelfach-Lehramtsstudierende mit mehrjähriger Bindungspflicht an Berlin
- die Einführung zentraler Vergleichsarbeiten und Prüfungen in der 4. Jahrgangsstufe zur Sicherstellung des Erreichens der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen
- verpflichtende Deutschkurse außerhalb des Regelbetriebs für Schüler mit festgestelltem Förderbedarf
- die sofortige Übergabe aller Schulen an das ITDZ zur technischen Ausstattung, Wartung und Administration

Begründung:

Die aktuell von der Senatsbildungsverwaltung veröffentlichten Zahlen zum Schuljahresbeginn 2019/20 verdeutlichen, dass sich die Berliner Bildungs- und Schulkrise, die das Resultat von mittlerweile 23 Jahren sozialdemokratisch verantworteter Bildungspolitik ist, weiter zugespitzt hat. Auch dieses Jahr wurden freie Lehrerstellen wieder vorwiegend mit Quer- und Seiteneinsteigern besetzt, die sich zudem vor allem an Schulen in sozialen Brennpunkten konzentrieren. Bildungssenatorin Scheeres musste in diesem Zusammenhang eingestehen, dass die von der Koalition auf den Weg gebrachte Brennpunktzulage keinerlei Steuerungsfunktion und damit ihre Wirkung verfehlt hat.

Die jüngst von der Task Force Schulbau errechneten 26.000 fehlenden Schulplätze sind nicht nur aus bildungspolitischer Sicht eine Katastrophe, sondern auch Ausdruck mangelnder Planungsfähigkeiten und das Resultat falscher Entscheidungen der Senatsverantwortlichen. Die Einbindung der Howoge in die Berliner Schulbauoffensive war ein Fehler und hat zu weiteren Verzögerungen der so dringend notwendigen Schulsanierungs- und Neubaumaßnahmen geführt. Die Umsetzung des von der CDU-Fraktion bereits Anfang 2018 ins Parlament eingebrachten Sprinter-Pakets (Drs. 18/0775) hätte dieser Entwicklung vorbeugen können.

Das neue Schuljahr beginnt also mit altbekannten Problemen, Lösungsvorschläge indes bleibt die Senatorin schuldig. Die Konsequenz ist, dass sich die Schul- und Bildungskrise weiter zugespitzt. Doch während rund 3000 Berliner Schulabgänger die Schule jährlich ohne Abschluss verlassen, Berliner Schüler regelmäßig schlechte Ergebnisse bei den Vergleichsarbeiten (VERA3) erzielen, ist eine Zunahme des Unterrichtsausfalls angesichts des Lehrkräftemangels programmiert. Senatorin Scheeres hat Berlin in einen bildungspolitischen Teufelskreis hineinmanövriert und scheint nicht bereit, den Ursachen der aktuellen Schulkrise auf den Grund gehen und Maßnahmen zur Lösung derselben auf den Weg bringen zu wollen.

Ziel muss es sein, sowohl den quantitativen als auch den qualitativen Bedarf im Bildungsbereich langfristig decken zu können. Schulbau und -sanierungen müssen vorangetrieben und Fehlentscheidungen in diesem Zusammenhang wieder rückgängig gemacht werden. Um den Personalmangel zu beheben, muss die Attraktivität des Lehrerberufs gesteigert werden. Die Regierungsfractionen scheinen nicht erkannt zu haben, dass sich die Nicht-Verbeamtung von Lehrkräften, die sich Berlin mittlerweile als einziges Bundesland leistet, zu einem Standortnachteil entwickelt hat, den wir uns angesichts der aktuellen Bildungskrise und des Mangels an

Fachkräften nicht leisten können. Die Blockadehaltung der Regierungsfractionen führt dazu, dass immer mehr junge und motivierte Menschen, die sich für das Lehramtsstudium und damit den Lehrerberuf entscheiden, im Anschluss an ihre Ausbildung in andere Bundesländer abwandern.

Die Verbesserung der Grundschülerleistungen muss endlich zur Priorität werden. Viele Berliner Grundschüler weisen laut verschiedener Studien seit Jahren große Lücken und Probleme im Lesen, Schreiben und Rechnen auf – Grundfertigkeiten, deren Erlernen in der Oberschule kaum mehr nachgeholt werden kann. Um Defizite zu erkennen und entsprechende Fördermaßnahmen einzuleiten, müssen die Leistungsstände frühzeitig und für Eltern und Schüler transparent erfasst werden. Dies kann durch die Einführung berlinweit einheitlicher Vergleichsarbeiten mit einheitlichen Korrektur- und Bewertungsvorgaben in der vierten Jahrgangsstufe der Grundschule gewährleistet werden.

Die Berliner Bildungskrise verschärft sich weiter, während die Bildungssenatorin zunehmend überfordert wirkt. Der Vorsitzende des Landeselternausschusses bestätigte jüngst, dass sich Berlin in einer schulischen Bildungskrise befindet, die ein rasches Gegensteuern erfordert. Sowohl der Landeselternausschuss als auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) griffen die von der CDU-Fraktion bereits im Mai 2019 und nun erneut geforderte Einberufung eines Krisengipfels auf und unterstützen diese ausdrücklich.

Es ist höchste Zeit, endlich alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, um gemeinsam im konstruktiven Austausch Maßnahmen zur Lösung der aktuellen Bildungs- und Schulplatzkrise auf den Weg zu bringen. Unsere Kinder dürfen nicht zu Leidtragenden verfehlter Senatsbildungspolitik werden. Die Untätigkeit der Senatsbildungsverwaltung muss endlich ein Ende haben.

Berlin, 6. August 2019

Dregger Stettner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU